

Monika Grütters setzt Zeichen

Die Kulturstatsministerin will schon im Sommer ein Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste gründen.

Handelsblatt vom 28.02.2014

von Lucas Elmenhorst

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit wurde Monika Grütters, die neue Kulturstatsministerin, mit der auch im Ausland sehr kritisch verfolgten Debatte um die Causa Gurlitt konfrontiert. Ronald S. Lauders Forderung nach einem deutschen Raubkunstgesetz begegnet Grütters nun mit der lang ersehnten Initiative einer German Lost Art Foundation. Diese soll als eine Dachgesellschaft die bisherigen Aktivitäten in den Bereichen Provenienzforschung und Restitution bündeln. Eine dafür geplante Stiftung bürgerlichen Rechts soll bereits im Sommer 2014 mit Sitz in Magdeburg gegründet werden, Anfang 2015 soll die neue Stiftung bereits ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Aufgaben sind weit gespannt, nicht nur ihr Zeitplan ambitioniert. Nur, mehr Zeit wird man ihr in der aktuellen Situation wohl kaum lassen.

Sicher ist, dass die gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Einrichtungen nach Vorstellung der Kulturstatsministerin in der Stiftung aufgehen sollen: Neben der Koordinierungsstelle Magdeburg mit der „Lost Art“-Datenbank und der Geschäftsstelle der Limbach-Kommission, die Arbeitsstelle für Provenienzforschung, die zeitlich befristete Taskforce „Schwabinger Kunstfund“ und die Forschungsstelle „Entartete Kunst“ an der Freien Universität Berlins. Die Verantwortung für die dezentrale Provenienzforschung an den Beständen verbleibt in den Händen der öffentlichen Kultureinrichtungen und ihrer Träger. Diese bilden in vielfältiger Weise weiterhin die Basis der Provenienzforschung.

Die neue Stiftung soll neben gemeinsamen Initiativen und einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit auch den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Akteuren sicherstellen. Im Vordergrund stehe, so Hagen Philipp Wolf, der Pressereferent der Staatsministerin für Kultur und Medien, ein breites Bewusstsein zu schaffen, sich den Restitutionsfragen zu stellen und sich nicht wie bisher treiben zu lassen. Dafür sei ein Mentalitätswandel der Museen notwendig, aber auch eine Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung für das, was bereits getan werde.

Die Stiftung soll dabei die Museen und – eine Lehre aus dem Fall Gurlitt – auch Privatpersonen und Privatmuseen, wenn sie das wünschen, in Restitutionsfragen und Provenienzforschungsprojekten beraten und ihnen Unterstützung bei der Suche nach einer Finanzierung bieten. Längst fehlen nämlich ausreichend qualifizierte Provenienzforscher für alle anstehenden Projekte, wie Uwe Hartmann von der Berliner Arbeitsstelle für Provenienzrecherche konstatiert. Hier soll eine bislang fehlende universitäre Ausbildung Abhilfe schaffen, weshalb im Zuge der Gründung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste auch Stiftungsprofessuren – sicherlich eine, vielleicht auch zwei – für Provenienzforschung und Restitutionsrecht eingerichtet werden sollen.

Grütters möchte die Stiftung zum zentralen nationalen Ansprechpartner für alle Anspruchsteller aus dem In- und Ausland machen und auch die übrigen, bislang noch nicht aktiven Museen zu überzeugen, selbst Provenienzforschung zu betreiben. In diesem Zusammenhang sei geplant, alle relevanten Informationen aus den Archivbeständen von Bund und Ländern zu digitalisieren und über ein Internetangebot zugänglich zu machen. Der Fokus solle sich dabei aber nicht nur auf die NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerke beschränken, so Wolf. Neben der Raubkunst soll auch das Schicksal als „entartet“ aus den Museen entfernten Kunstwerke, der im Zweiten Weltkrieg nach oder aus Deutschland verbrachten Kulturgüter, sowie der in der SBZ und DDR entzogenen Kulturgüter erforscht werden.

Eine breite Unterstützung auch seitens der Länder ist notwendig, ebenso finanzieller Art, seitens der Bundesregierung zusätzlich zu den bislang bewilligten 2,7 Millionen Euro wohl ein deutlich zweistelliger Millionenbetrag. Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Hamburg haben bereits Interesse signalisiert, Bayern zeigt sich noch eher verhalten. Am 14. März wird Monika Grütters die Kulturminister der Länder im Kanzleramt treffen, um mit ihnen über die Einzelheiten und einen konkreten Zeitplan zu beraten. Man wird gespannt sein, wer der neuen Stiftung vorstehen soll.

Der Autor ist Rechtsanwalt und Kunsthistoriker bei dtb rechtsanwälte in Berlin.